

## Corona: Lockerungen, aber Testpflicht

Gastronomie, Hotels und Bäder öffnen wieder – Maskenpflicht in der Innenstadt verlängert

**Seit über sechs Monaten sind Gastronomie und Hotels geschlossen – das ändert sich jetzt. Seit einer Woche gilt die neue Coronaverordnung des Landes und lockert viele Einschränkungen. Möglich machen das gesunkene Inzidenzwerte, eine umfassende Teststrategie und eine steigende Impfquote.**

Der neue dreistufige Plan der Landesregierung ist ein weiterer Schritt Richtung Normalität. Liegt in einem Kreis die Sieben-Tage-Inzidenz konstant unter 100, werden die Corona-Regeln in der Gastronomie, im Tourismus und in Freizeiteinrichtungen gelockert. Der zweite und dritte Schritt folgen, wenn in den darauffolgenden 14 Tagen jeweils der Inzidenzwert im Durchschnitt sinkt.

Wichtig: Gäste müssen entweder einen zertifizierten negativen Schnelltest (nicht älter als 24 Stunden), einen Nachweis über eine vollständige Impfung (diese ist am 15. Tag nach der Zweitimpfung erreicht) oder einer bereits durchgestandenen, maximal sechs Monate zurückliegenden Infektion mitbringen.

### Gastronomie und Hotels

Zwischen 6 und 21 Uhr ist der Besuch beim Lieblingsitaliener oder im Biergarten wieder erlaubt. Sowohl Außen- wie auch Innengastronomie sind geöffnet. Hotels und andere Beherbergungsbetriebe, beispielsweise Ferienwohnungen, dürfen ebenfalls Gäste empfangen. Bei längeren Aufenthalten muss alle drei Tage ein negativer Schnelltest vorgelegt werden.

Der Gemeinderat hat am Dienstag einstimmig beschlossen, dass Gastronomiebetriebe, wie im Vorjahr, wieder Wege, Plätze und öffentliche Parkplätze als Außenfläche nutzen können. Die Verwaltung erhebt keine Sondernutzungsgebühr. Die Regeln sollen für das ganze Jahr gelten.

### Mundenhof, Museen und Stadtbibliothek

Die Coronaverordnung verschärft die Regeln auf dem Mundenhof. Alle Besucherinnen und Besucher müssen jetzt einen negativen Schnelltest vorlegen und alle Kinder über 6 Jahre eine Maske tragen. Für die städtischen Museen und die Stadtbibliothek verändert sich nicht viel. Allerdings dürfen sich seit vergangener Woche mehr Gäste zur gleichen Zeit in den Einrichtungen aufhalten. Auch hier ist ab sofort ein Genesungs-, Impf- oder Testnachweis Pflicht.

### Städtische Bäder

An Pfingsten ist es soweit: Das Strandbad und das Freibad St. Georgen öffnen am Samstag, 22. Mai. Das Lorettoabad soll am 3. Juni folgen und die Keidel-Therme am 19. Juni. Die Hallenbäder bleiben vorerst geschlossen. Wie im letzten Jahr ist ein Besuch nur nach einer vorherigen Reservierung unter [www.badeninfreiburg.de](http://www.badeninfreiburg.de) möglich. Für die Buchung stehen wieder verschiedene Zeitfenster zur Auswahl.

### Volkshochschule

Nach den Pfingstferien finden die Kurse der Volkshochschule wieder in Präsenz statt. Laut Coronaverordnung dürfen im Innenbereich Veranstaltungen mit bis zu 10 Personen stattfinden, im Freien mit bis zu 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Weitere Infos sind online unter [www.vhs-freiburg.de](http://www.vhs-freiburg.de) zu finden.

Musik-, Kunst- und Jugendkunstschulen dürfen bis zu 10 Schülerinnen und Schüler unterrichten. Nachhilfeunterricht ist ebenfalls mit 10 Personen erlaubt.

### Sport und Freizeit

Bis zu 20 Personen dürfen im Freien für kontaktarmen Freizeit- und Amateursport zusammenkommen. Außerdem können Sportanlagen wieder öffnen. Bei Spitzen- und Profisportveranstaltungen sowie Kulturveranstaltungen im Freien sind bis zu 100 Besucherinnen und Besucher zugelassen. Auch andere Freizeiteinrichtungen wie Hochseilgärten oder Minigolfanlagen können wieder besucht werden und dürfen 20 Gäste empfangen.

### Maskenpflicht

Aufgrund der beschlossenen Lockerungen erwartet die Stadtverwaltung mehr Menschen in der Innenstadt. Deshalb wurde

die Maskenpflicht in der Fußgängerzone verlängert; es ist eine medizinische Maske oder ein Atemschutz mit FFP2- oder vergleichbarem Standard notwendig.

## **Einreisebeschränkungen**

Das Bundeskabinett hat beschlossen, dass genesene und vollständig geimpfte Personen nach der Rückkehr aus einem Risikogebiet nicht mehr in Quarantäne müssen. Dies gilt nicht bei der Einreise aus einem Virusvariantengebiet – hier gilt weiterhin die Quarantänedauer von 14 Tagen.

Wer weniger als 24 Stunden in einem Hochinzidenz- oder Virusvariantengebiet verbracht hat, muss bei der Rückkehr nur einen negativen Test vorlegen.

Mehr Infos: Die Stadt bietet unter [www.freiburg.de/coronavirus](http://www.freiburg.de/coronavirus) einen Überblick zu allen aktuellen Einschränkungen an. Informationen zu Risiko-, Hochinzidenz- oder Virusvariantengebieten finden sich unter [www.riki.de/risikogebiete](http://www.riki.de/risikogebiete)

# 300 000 Euro Nothilfe für die Kultur

Antragstellung bis 7. Juni möglich

**Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am Dienstag einstimmig den „Nothilfefonds Kultur“ beschlossen. Der Fonds soll finanziell stark gefährdete Kultureinrichtungen und Kulturbetriebe unterstützen und ist mit 300 000 Euro ausgestattet. Die Antragstellung ist ab sofort möglich.**

Der Kunst- und Kulturbereich ist seit Monaten heruntergefahren. Kultureinrichtungen sind für den Publikumsverkehr geschlossen. Gemeinderat und Stadtverwaltung befürchten, dass viele Einrichtungen in eine finanzielle Schieflage kommen – und sich die Situation auch durch mögliche Lockerungen so schnell nicht ändert.

Förderanträge für den Fonds können ab sofort und bis zum 7. Juni beim Kulturamt gestellt werden. Voraussetzung ist unter anderem, dass der Hauptzweck der Einrichtung oder des Kulturbetriebs deutlich auf Kunst und Kultur fokussiert ist. Außerdem müssen die Kultureinrichtung oder der Kulturbetrieb eine Sichtbarkeit und regelmäßige Wirksamkeit in der Freiburger Kulturszene haben. Antragsberechtigt sind daher auch solche Einrichtungen und Betriebe, die keine institutionelle Förderung durch die Stadt Freiburg erhalten.

Alle weiteren Angaben zu den Voraussetzungen und den Vergabemodalitäten sowie das Antragsformular sind auf der Seite [www.freiburg.de/kulturamt](http://www.freiburg.de/kulturamt) veröffentlicht.

Weitere Informationen beim Kulturamt per E-Mail an: [kulturamt@stadt.freiburg.de](mailto:kulturamt@stadt.freiburg.de) oder unter Tel. (0761) 201-2101.

# „Wer, wenn nicht wir?“

Gemeinderat debattiert über die Klimaschutzbilanz 2018 und die Lehren daraus

**Freiburg unternimmt viel in Sachen Klimaschutz – doch längst nicht genug. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, braucht es mehr Anstrengungen. Das ging aus der Klimaschutzbilanz und dem Strategiepapier „Klimaschutz und Mobilität“ hervor, die kürzlich vorgestellt wurden und über die der Gemeinderat am vergangenen Dienstag intensiv debattierte. Einhelliges Fazit des Gremiums: „Wir müssen liefern.“**

Wie Freiburg liefern soll – der Aufruf kam von Grünen-Stadträtin Sophie Schwer –, darüber waren sich die verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen jedoch nicht ganz so einig. „Wir sind die Solar City, wir sind die Green City. Was will denn das Klima jetzt noch von uns?“ Mit diesen engagiert vorgetragenen Worten leitete Schwer die Debatte ein, um dann konkrete Vorschläge zu machen. Etwa den eines CO<sub>2</sub>-Budgets, das anzeige, wie viel Kohlendioxid Freiburg noch ausstoßen darf, um seine Ziele zu erreichen. „Das funktioniert dann ähnlich wie ein Finanzbudget, wo wir kein Geld ausgeben können, das wir nicht haben. Wer, wenn nicht wir hier in Freiburg, sollte das schaffen?“

Für Emrye Gül von Eine Stadt für alle liegt das größte Einsparpotenzial beim motorisierten Individualverkehr. Als Vorbild nannte sie die Stadt Houten in den Niederlanden, wo Auto- und Fahrradverkehr voneinander getrennt seien, Autos meist über Umgehungsstraßen geleitet würden. „Der Mensch sollte im Mittelpunkt stehen und nicht das Auto!“ Ohne das Umland gehe allerdings gar nichts, ergänzte SPD-Gemeinderat Walter Krögner, schließlich sei Freiburg „nicht alleine auf der Welt“. Der Fokus müsse auf dem Pendlerverkehr liegen.

Bernhard Schätzle von der CDU dagegen sah Freiburg in Sachen Mobilität auf einem guten Weg. Wichtig aus seiner Sicht ist „die Formel 3E“: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Jupi-Stadtrat Simon Sumbert mahnte: Mit dem aktuellen Tempo – also einem Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1,4 Prozent pro Jahr – „erreichen wir unser Ziel, klimaneutral zu werden, erst 2070“. Seinen Appell, dass es neben Anreizen für eine Verkehrswende auch regulative Maßnahmen brauche, konterte Franco Orlando von der FDP/BfF damit, dass die Elektromobilität zu kurz komme – diese gilt es zu fördern, ebenso wie den Radverkehr.

„Mit Radwegen werden wir das Weltklima nicht retten“, hielt Johannes Gröger von den Freien Wählern dagegen. Nur 3,5 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes seien von Menschen verursacht. Freiburg solle „zur Hölle für Autofahrer“ gemacht werden, warnte AfD-Stadtrat Detlef Huber, während Wolf-Dieter Winkler von Freiburg Lebenswert „das maßlose Bauen“ anprangerte. Das wiederum konterte Bürgermeister Martin Haag: Neubaugebiete wie Dietenbach seien schon alleine deshalb wichtig, „weil sie uns vor überbordendem Pendlerverkehr bewahren“.

Das Strategiepapier sei „ein mutiges Konzept“, fasste Oberbürgermeister Martin Horn am Schluss der Debatte zusammen – jetzt müsse es mit „konkreter Action“ gefüllt werden.

# Querformat

## Mehr Leben vor Herz Jesu

Die Stühlinger Kirchplatz ist vielleicht der schönste Platz in Freiburg. Mit seiner zentralen Lage und der herrlichen Wiese ist er eigentlich ideal geeignet für vielerlei Feste und Veranstaltungen. Doch leider ist das Image nicht das beste, Drogenhandel, Müll- und Lärmprobleme beherrschen die öffentliche Diskussion, bei der der schöne Platz vor der stadtbildprägenden Herz-Jesu-Kirche deutlich zu kurz kommt. Das will die Stadtverwaltung jetzt ändern. Die ursprünglich geplante Ideenwerkstatt musste wegen Corona leider abgesagt werden, doch die Aktion „Belebung des Stühlinger Kirchplatzes“ soll dennoch schnellstmöglich starten. Im Rahmen dieser Aktion überlässt die Stadtverwaltung den Platz kostenfrei. Interessierte Veranstalterinnen und Veranstalter können ihre Ideen noch bis kommenden Freitag, den 28. Mai, per E-Mail an [veranstaltungen@stadt.freiburg.de](mailto:veranstaltungen@stadt.freiburg.de) einreichen. Egal ob Kinderfest, Kunstaussstellung oder Seniorentreff – es gibt nur eine Bedingung: Die Veranstaltung soll niemanden stören. Jede eingereichte Idee wird vom Amt für öffentliche Ordnung geprüft – und natürlich beantwortet.

# Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

## Grüne

### Klimabilanz: Freiburg muss nachjustieren

Die aktuelle Klimaschutzbilanz für die Stadt Freiburg zeigt, dass die zahlreichen Bemühungen zum Klimaschutz trotz aller Konzepte bei weitem nicht ausreichen. „Wir dürfen uns nicht mit vermeintlichen Erfolgsmeldungen selbst blenden. Die einzig wichtige Frage ist: Erreichen wir das Ziel?“, so Grünen-Stadträtin Sophie Schwer in ihrer Rede im Gemeinderat. Mit Verweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz betont Schwer: „Wir können uns schon mal drauf einstellen, dass wir auch hier in Freiburg nachjustieren müssen. Die Stadtverwaltung und OB Horn müssen jetzt die Weichen stellen und den Fahrplan für eine sozial gerechte Stadtpolitik vorgeben, mit dem die Klimaziele pünktlich erreicht werden.“

Dabei könnte ein CO<sub>2</sub>-Budget helfen. „Lassen Sie uns ein Budget machen mit dem CO<sub>2</sub>, das wir unter Einhalten unserer Klimaziele noch ausstoßen dürfen. Oslo macht das schon. Dieses Budget setzen wir dann sparsam ein für die Mobilität und für die Bauprojekte, die wir wirklich machen wollen. Das funktioniert dann ähnlich wie ein Finanzbudget, bei dem wir ja auch kein Geld ausgeben können, das wir nicht haben. So haben wir die CO<sub>2</sub>-Bilanz in unseren Entscheidungen im Griff“, so Sophie Schwer.

### Ja zu Außensitzflächen

„Die Ausweitung der Freisitzflächen, unter anderem auf Parkplätze, war eine gute Maßnahme, um die Gastronomie in der schweren Corona-Zeit zu unterstützen. Die Stadt ist dadurch attraktiver geworden – deshalb sollte diese Möglichkeit auch nach der Pandemie beibehalten werden“, so Stadtrat Helmut Thoma.

Nicht nur Außengastronomie führt zu einem attraktiveren öffentlichen Raum, dazu können auch andere, nicht kommerzielle Umnutzungen von Parkraum beitragen. „In Stuttgart hat vor einigen Jahren ein erfolgreicher Versuch stattgefunden – dort konnten auf Parkplätzen Treffpunkte für die Bürger\*innenschaft eingerichtet werden – sogenannte Parklets“, so Stadtrat Helmut Thoma.

Der Gemeinderat hatte vor einem Jahr einen entsprechenden Antrag der Grünen einstimmig angenommen, auch solche Nutzungen zu ermöglichen und ein entsprechendes Konzept vorzulegen. „Leider hat hier die Stadtverwaltung noch nicht geliefert. Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung diesen Beschluss umsetzt und die Möglichkeit schafft, Parkplätze zeitweise in öffentlichen Raum umzuwandeln – sei es für nachbarschaftliche Treffpunkte, urbanes Gärtnern oder Kunstprojekte“, so Helmut Thoma.

### Mehr Schutzräume für Frauen und Kinder

Schon vor der Coronapandemie war der Platz für schutzbedürftige Frauen und Kinder zu knapp. Im vergangenen Jahr hat sich die Situation sogar verschärft, da die Zahl der Betroffenen von häuslicher Gewalt ansteigt und zeitgleich städtische Unterkünfte nicht so stark belegt werden können. Für das Freiburger Frauen- und Kinderschutzhaus haben wir uns an die Stadt gewandt und um Unterstützung gebeten. Seit Ende März steht eine zusätzliche Vierzimmerwohnung an anonymer Stelle zur Verfügung. Dafür danken wir allen Beteiligten sehr.

„Freiburg hat landesweit die höchste Zahl an Fällen häuslicher Gewalt. Besonders betroffen sind Frauen. Um ihnen und ihren Kindern ausreichend Schutz zu bieten, braucht es dringend mehr Platz. Wir freuen uns daher, dass die Stadt mit ihrer Raumsuche erfolgreich war. Es ist wichtig, dass Betroffene in Sicherheit ankommen, Unterstützung erhalten und wieder in ein eigenständiges, gewaltfreies Leben starten können“, so Stadträtin Vanessa Carboni.

## **Eine Stadt für alle**

### **Wahlentscheidend: Weg mit dem § 218 ff.!**

Frauen haben das Recht auf umfassende medizinische Versorgung, Beratung und Information. Weil die Realität eine andere ist, wurde jetzt im Vorfeld der Bundestagswahl zum Protest mobilisiert: für die Abschaffung des § 218 ff. und für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung auch für Schwangere.

Aktuell schützt vor Strafe bei einem Schwangerschaftsabbruch, der vor der 13. Woche vorgenommen werden muss, einzig eine Pflichtberatung mit dreitägiger Bedenkzeit. Und doch hängt jedem „genehmigten“ Abbruch ein Ruf der Illegalität an – mit vielschichtigen Auswirkungen –, auch in Freiburg:

Die Versorgung ist zeitnah kaum mehr sichergestellt, Wege und Wartezeiten werden länger, weil die Zahl der Ärzt:innen seit Jahren sinkt. So ist ihnen jegliche Information auf ihren Webseiten verboten, noch sind ihre Eingriffe kostendeckend. Wie die Schwangeren selbst sind sie zudem auch Stigmatisierungen und Angriffen von „Lebensschützer:innen“ ausgesetzt. Das Tabu dieses Eingriffs in der medizinischen Ausbildung und der Streit zwischen den Grünen-Ministerien Soziales versus Wissenschaft, die Unikliniken zu dieser Grundversorgung zu verpflichten, kommt in Baden-Württemberg erschwerend hinzu. Wie lange noch?

### **Tunibergschule: Schnell und bedarfsorientiert umsetzen!**

Unsere Fraktion wird sich weiterhin für einen schnellen und bedarfsorientierten Schulneubau am Tuniberg einsetzen. Eine weiterführende Schule ist hier schon längst notwendig. Alle Schüler:innen am Tuniberg haben ein Anrecht darauf, mit annehmbarem Aufwand allmorgendlich ihre Schule zu erreichen. Unabhängig von der letztendlichen Schulart muss gelten, dass sie in der jeweils nächstgelegenen Schule aufgenommen werden. Eine lokale Schule schafft jedoch Identität und Gemeinschaft – ein Fakt, der übrigens so auch sehr für eine weiterführende in Weingarten spricht.

Der anstehende Beteiligungsprozess ist wichtig, um die beste Lösung zu finden – bildungspolitisch und für eine nachhaltige Entwicklung der Ortschaften, aber auch, um gegenüber den Landesschulbehörden den realen Bedarf klar zu benennen! Es kann nicht sein, dass unflexible Planungsvorgaben auf Landesebene, eine gute Lösung für die Mehrheit der Schüler:innen und deren Eltern verhindern. Die Möglichkeit einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe, als einer Schule mit kurzen Wegen und besten Bildungschancen für alle, muss offen diskutiert werden können – anstatt, als Rettungsanker, an einem Gymnasium festhalten zu müssen.

Wir erwarten von der grün-schwarzen Landesregierung, dass sie eine an der Raumschaft orientierte Schulplanung ermöglicht – ohne Zwänge.

# **SPD/Kulturliste**

## **Klimaschutz verstärken**

In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir über die Klimaschutzbilanz 2018 gesprochen. Zeit, zurückzuschauen, vor allem aber den Blick nach vorne zu richten:

Es ist erfreulich, dass der Pro-Kopf-Ausstoß an CO<sub>2</sub> deutlich gesunken ist, nämlich von 1992 bis 2015/16 um 35,6 Prozent. Die letzte Absenkung um lediglich 1,42 Prozent macht allerdings deutlich, wie dringend wir uns Gedanken machen müssen, wie wir weitermachen, um unseren kommunalen Anteil zur Erreichung der Klimaziele zu erbringen.

## **Die Region stets mitdenken...**

Freiburg ist nicht allein auf der Welt und nicht isoliert zu betrachten von seinem Umfeld. Das betrifft sowohl den CO<sub>2</sub>-Ausstoß als auch die Versorgung mit CO<sub>2</sub>-neutraler Energie. Wir müssen unsere Kooperation mit dem Umland verbessern, und das nicht nur im Wohnungsbaubereich, sondern auch verstärkt bei der Energiebereitstellung.

Ganz besonders verhängelt uns die intensive verkehrliche Verflechtung mit dem Umland die Klimabilanz. Das ÖPNV-Netz ist weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um einen wesentlichen Anteil des Pendelverkehrs von und zur Arbeit, aber auch zur Freizeitgestaltung auf den ÖPNV zu verlagern.

Dafür braucht es die Ausstattung mit Material, Personal, Netz sowie eine hohe Verlässlichkeit und dafür eben auch mehr Mittel im System. Das sollte es uns, aber auch den Beauftragern der Klimaschutzziele auf Landes- und Bundesebene wert sein. Hinter den Finanzierungsvorbehalt des jüngst verabschiedeten Koalitionsvertrags von Schwarz-Grün setzen wir darum ein ganz großes Fragezeichen und erwarten auf der Landesebene wie nach September auf der Bundesebene eine Ausnahme jeglicher Finanzierungsvorbehalte gegenüber effizienten Klimaschutzmaßnahmen.

## **...und auf die „Bringer“ konzentrieren**

Denn Effizienz ist entscheidend: Wir müssen uns konzentrieren auf das, was die höchsten CO<sub>2</sub>-Einsparungen bringt. Mit unserem Beschluss zur Konzessionsabgabe haben wir bei den Haushaltsberatungen einen wegweisenden Schritt vollzogen, denn die Verwaltung ist nun endlich angehalten, prioritär genau solche Maßnahmen umzusetzen.

Nehmen wir daher den Pendelverkehr in die erste Priorität und nutzen dabei auch das Know-how von Initiativen wie der AG „Umweltfreundlich zum Betrieb“. Wenn wir alle, die es angeht, mitnehmen, kann es uns mit Unterstützung von Land und Bund gelingen, das dringend erforderliche 8-Prozent-Reduktionsziel pro Jahr zu erreichen. (Walter Krögner / Julia Söhne)



## **Viel beim Klimaschutz erreicht, doch vieles liegt noch vor uns**

Freiburg kann auf eine 30-jährige Erfolgsbilanz beim Klimaschutz zurückblicken. Trotz eines deutlichen Zuwachses bei der Einwohnerzahl konnte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit 1992 um 37 Prozent gesenkt werden.

Für die Zukunft setzen wir gezielt auf die Formel der drei E: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Gerade beim Klimaschutz müssen wir auf die Kosten und Nutzen der einzelnen Maßnahmen schauen, da unsere Haushaltsmittel begrenzt sind. Bei der Schaffung von zentrumsnahem Wohnraum sind wir auf dem richtigen Weg. Wenn Wohnen und Arbeiten gekoppelt werden, reduzieren wir die Emissionen des Pendlerverkehrs.

Für den Ausbau des Solarstroms sollten öffentliche Flächen verstärkt angeboten werden. Unter dem Motto „Erneuerbare Energie statt Strafzinsen“ kann wichtiges Privatkapital mobilisiert werden. Umweltpolitischer Sprecher Bernhard Schätzle: „Für die Zukunft bleiben die Kommunalpolitik, die Zivilgesellschaft und vermehrt auch das Privatkapital gefordert.“

## **Mehr Tempo für das neue Gymnasium am Tuniberg**

Wir müssen zeitnah bedarfsgerechte Schulplätze schaffen: und zwar Gymnasialplätze, denn die fehlen in Freiburg. Deswegen sind wir frühzeitig aktiv geworden, haben das Thema in den Gemeinderat getragen und grundsätzliche Einheit zwischen den Fraktionen erzielt: Der Tuniberg bekommt eine neue weiterführende Schule. Nur bei der Schulform herrscht noch Uneinigkeit.

In den Tuniberg-Ortschaften wurden verschiedene Beteiligungsformate geschaffen, unter anderem eine Umfrage unter den Eltern sowie ein intensiver Dialog mit mehreren Elterninitiativen. Am Ende steht ein klares Meinungsbild. Die große Mehrheit der Eltern am Tuniberg ist für ein Gymnasium.

Für unseren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Klaus Schüle steht fest: „Ein erneutes Beteiligungsverfahren würde zum einen nur zu einer weiteren Verzögerung führen. Zum anderen wäre es auch gegenüber der Bevölkerung nicht fair, weil zum Beispiel das Modell einer Gemeinschaftsschule nach den rechtlichen Rahmenbedingungen – erst recht nach dem Grundsatzbeschluss einer Gemeinschaftsschule in Dietenbach – nicht realistisch ist, wie Bürgermeisterin Stuchlik immer wieder betont hat.“

# Jupi

## Antisemitismus muss Konsequenzen haben

Die JUPI-Fraktion verurteilt den offen zur Schau gestellten Antisemitismus der Teilnehmer\*innen der von „Palästina Spricht“ angemeldeten Kundgebung auf dem Platz der Alten Synagoge am 15. Mai.

Es ist hinlänglich wissenschaftlich dokumentiert, dass sich hinter der Kritik am Staat Israel Antisemitismus verbirgt, weshalb uns diese Vorfälle im Zuge einer propalästinensischen Demonstration leider nicht überraschen.

Die anmeldende Organisation „Palästina Spricht“ ist Befürworter und Unterstützer der antisemitischen BDS-Bewegung. Auf ihrer Homepage macht sie klar, dass sie den jüdischen Staat Israel in seiner jetzigen Form zerstören will.

Hier reiht sich die letzte Demonstration auf dem Platz der Alten Synagoge ein. Gezeigt wurden Schilder, auf denen von einem angeblichen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung gesprochen wird, direkt neben einem Schild, welches die Situation der Palästinenser\*innen mit der Shoa gleichsetzt. Das relativiert die einzigartigen Verbrechen des Nationalsozialismus und erfüllt so den Verdacht auf Volksverhetzung.

Weiter sahen wir Schilder, die Israel vorwerfen, gezielt Kinder zu töten. Diese nähren die alte antisemitische Erzählung, Juden würden heimlich Kinder opfern. Auch dokumentiert ist ein Schild, das behauptet, die Juden hätten keine sogenannte Heimat und wären deshalb kein Volk. Dies ist die Fortführung des antisemitischen Bildes des sogenannten „Ewigen (wandernden) Judens“.

Völlig vermisst haben wir eine Distanzierung von der radikalislamistischen Terrormiliz Hamas und dem Raketenterror gegen die israelische Zivilbevölkerung.

Diese in Freiburg gezeigten Schilder beinhalten alte antisemitische Mythen, die schon seit Jahrhunderten zu Gewalt und Ausgrenzung unserer jüdischen Mitbürger\*innen führen.

Die JUPI-Fraktion fordert deshalb die Stadt Freiburg auf, mit den jetzt gemachten Erfahrungen in Zukunft juristisch gegen eine Anmeldung aus dem Spektrum von „Palästina Spricht“ auf dem Platz der Alten Synagoge vorzugehen.

Hier sollten alle Mittel ausgenutzt werden, diesem Vorgehen einen Riegel vorzuschieben. Antisemitismus ist eine brandaktuelle, gefährliche Ideologie, die das friedliche Zusammenleben der Freiburger Bürger\*innen bedroht. Solche Demonstrationen zeigen, dass wir die städtischen Anstrengungen, um Antisemitismus zu bekämpfen, intensivieren müssen.

# **FDP/Bürger für Freiburg**

## **Sichere Öffnung für Kultur, Handel und Tourismus**

195 Tage waren Gastronomie und Hotels in Freiburg geschlossen. 195 Tage, für unzählige Betriebe ohne Umsatz und ohne Gäste.

Seit Samstag dürfen nun wieder Kundinnen und Kunden auswärts essen, trinken und übernachten. Eine schwierige Zeit für Gastronom\*innen und Hoteliers neigt sich damit dem Ende zu, ist aber noch nicht überstanden. Noch ist es unerlässlich, dass eine Impfung, Genesung oder ein negativer Test vorliegt. Gut, dass Stadt und Privatwirtschaft in Freiburg in den vergangenen Monaten eine umfangreiche Test-Infrastruktur aufgebaut haben.

Bis das öffentliche Leben wieder auf einem Vorcoronaniveau ist, muss noch einiges geschehen. Ganz überstanden ist das Virus noch nicht, daher sind weiterhin Hygiene, Abstände und Masken wichtig. In diesem Rahmen ist jetzt aber der Moment, um auch für Kultur, Handel und Tourismus einen Neustart auf den Weg zu bringen.

Mit einem Maßnahmenkatalog, den wir zusammen mit vier weiteren Fraktionen kürzlich umgesetzt haben, wollen wir dafür die Grundlagen schaffen. Wir wollen es vereinfachen, kulturelle Veranstaltungen, Verkaufs- oder Bewirtungsflächen auf öffentlichen Plätzen einzurichten. Leerstand in der Innenstadt kann für Pop-up-Stores und Ausstellungen genutzt werden. Eine umfangreiche Begrünung soll zum Flanieren und Verweilen einladen. Diesen Sommer sollen Kulturfestivals und Veranstaltungsreihen möglich sein, und durch ein verbessertes Park-and-ride- sowie ÖPNV-Konzept wird die Innenstadt erreichbarer als zuvor. Zuletzt soll die Stadt auch durch offensives Marketing für die Vorzüge von Freiburg werben. Denn davon hat Freiburg genug, und es ist Zeit, dass wir sie wieder zeigen können.

# Freie Wähler

## Endlich loslegen bei der Tunibergschule

In seiner jüngsten Sitzung hat sich eine Mehrheit des Gemeinderats für ein weiteres Beteiligungsverfahren zur Schulart am Tuniberg ausgesprochen. Für die Fraktion der Freien Wähler ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar.

In den zurückliegenden Jahren wurden bereits mehrere Beteiligungsformate zu diesem Thema durchgeführt. „Welche neuen Erkenntnisse sollen denn bei einer weiteren Beteiligung zutage kommen?“, fragt sich Stadträtin Gerlinde Schrempp, „die Ergebnisse sind bekannt, wie auch die Opfinger Ortsvorsteherin in einem Schreiben nochmals hervorhob.“ Dass es schon lange an gymnasialen Plätzen fehlt, ist ebenso bekannt. Daher muss jetzt bedarfsgerecht gehandelt und mit dem Bau eines Gymnasiums begonnen werden. Ein weiteres Beteiligungsverfahren verzögert dies unnötig.

Außerdem vermittelt es ein falsches Bild. Denn wenngleich die Bürger\_innen der Tuniberggemeinden ihre Wünsche bezüglich der Schulart kundtun können, so ist nicht gewährleistet, dass diese tatsächlich umgesetzt werden, wenn sie nicht nach Schulgesetz bedarfsgerecht sind: also gemäß Schulentwicklungsbericht aktuell gymnasiale Plätze in großer Zahl schafft.

Zudem ist es bereits beschlossene Sache, dass im Stadtteil Dietenbach eine Gemeinschaftsschule gebaut werden soll. „In dieser räumlichen Nähe wird mit Sicherheit keine zweite Gemeinschaftsschule errichtet werden“, so Gerlinde Schrempp.

Auch in Anbetracht der Haushaltslage hätte man von einem weiteren Beteiligungsverfahren absehen müssen, immerhin kostet es 30 000 Euro.

# AfD

## Symbolpolitik – weiter nichts

Der Gemeinderat hat nach langem Würgen eine Resolution für ein schärferes Lieferkettengesetz durchgewunken. Eine Resolution, die mit Ausführungen zum „globalen Süden“ beginnt und mit „globale Gerechtigkeit“ endet. Letzteres ein wichtiges Thema. Aber für ein Kommunalparlament?

Wir meinen nein. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung gehören allgemeinpoltische Vorhaben nicht in einen Gemeinderat. Trotzdem wollte unser OB – geht es doch um irgendwas mit Menschenrechten – ganz vorne mit dabei sein und bat schon vor Wochen ums Placet der Stadträte. Das hat er nun. Freiburg beteiligt sich als eine der ganz wenigen von über 10000 Gemeinden bei der Lobbyarbeit für ein schärferes Lieferkettengesetz. Zum Nachteil unserer Wirtschaft. Peinlich: Die Stadt hatte es nicht für nötig befunden, sich mit dem heimischen Mittelstand zu diesem Thema auszutauschen. Übersicht über die Auswirkung des Ansinnens? Fehlanzeige.

Natürlich ist es wichtig, sich um die Lieferkette zu sorgen, um Arbeitsbedingungen, um Umwelt, um Kinder. Der Hebel muss aber die internationale Entwicklungshilfe sein. Zu viel Geld geht an korrupte Länder. Hierüber Druck auszuüben, wäre wirksam. Die Kontrolle der Lieferkette auf den deutschen Unternehmer auszulagern, bedeutet letztlich, dass der Staat sich aus der Verantwortung zieht. Bürokratiekosten und Wettbewerbsnachteile trägt dann wieder der Bürger.

# Freiburg Lebenswert

## Klimaschutzbilanz

Jetzt haben wir es vom Bundesverfassungsgericht schwarz auf weiß. Die Schlafmützigkeit bei den Bemühungen zu einer Energiewende ist verfassungsfeindlich, weil dadurch kommenden Generationen übermäßige CO<sub>2</sub>-Reduktionslasten aufgebürdet würden. Der Anteil der regenerativen Energien am deutschen Strommix lag im Jahr 2020 bei 50,5 Prozent. Freiburg dümpelt um die 8,5 Prozent herum. Ich hatte schon vor Jahren vorgeschlagen, Straßen mit Photovoltaikanlagen zu überbauen. Große Teile der B 31 würden sich dazu anbieten, zum Beispiel die ca. 1,5 Kilometer zwischen der Berliner Allee und der Ochsenbrücke.

Wir brauchen einen enormen Schub in allen Bereichen des Energiesektors. Aber wir haben ein Problem: das maßlose Bauen. Selbst unser Ministerpräsident hat gerade festgestellt, dass die graue Energie beim Bauen, also die Energie, die vor allem in den Materialien wie dem Zement steckt, fünf- bis achtmal so groß ist wie die spätere Betriebsenergie der Gebäude. Wenn wir alle CO<sub>2</sub>-Emissionen auf null drücken, aber beim Bauen nichts ändern, ruinieren wir nach seinen Worten das Klima trotzdem. Das bedeutet für Freiburg, wenn wir die nächsten Jahre so ungehemmt bauen wie geplant, können wir von unseren sonstigen CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, so viel wir wollen. Es wird unweigerlich dazu führen, dass aus dem selbsternannten ökologischen Klassenprimus der Sitzenbleiber der Nation wird.

# Verfechter der Demokratie

Joseph Wirth ist vor 100 Jahren jüngster Reichskanzler geworden

**Er war ein herausragender Politiker, ein Verfechter der Weimarer Republik und ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten: der Freiburger und spätere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth. Mit einer Kranzniederlegung haben Oberbürgermeister Martin Horn und der Erste Bürgermeister Ulrich von Kirchbach gemeinsam mit der Joseph-Wirth-Stiftung seines Amtsantritts am 10. Mai 1921 gedacht.**

„Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. (...) Dieser Feind steht rechts.“ Mit diesen bewegenden Worten prangerte der frühere Reichskanzler Joseph Wirth die Hetzkampagne rechtsnationaler und militaristischer Kreise gegen das parlamentarische Regierungssystem der Weimarer Republik an. Einen Tag zuvor hatte die paramilitärische rechte Terrorvereinigung „Organisation Consul“ den Außenminister Walther Rathenau ermordet.

Die berühmte Reichstagsrede von Wirth steht exemplarisch für sein Credo, die Demokratie „in jeder Stunde“ zu verteidigen. Der ehemalige Gymnasialprofessor für Mathematik wurde 1879 in Freiburg geboren und legte eine beeindruckende politische Laufbahn hin: Von 1913 bis 1914 war er Mitglied des Badischen Landtags, darauf folgte von 1914 bis 1918 seine Tätigkeit als Mitglied des Reichstags, bevor er 1918 zum Badischen Finanzminister ernannt wurde. Vor 100 Jahren, am 10. Mai, trat der Zentrums Politiker die Nachfolge Fehrenbachs als Reichskanzler an. Mit 41 Jahren war er der jüngste Reichskanzler.

Aufgrund seines mutigen Engagements für Demokratie und das parlamentarische System musste er 1933 vor den Nationalsozialisten fliehen. Es folgte eine Reise von Wien über Italien, Frankreich, Großbritannien und die USA, um über den totalitären Charakter des NS-Regimes aufzuklären. 1948 kehrte er in seine Heimat zurück und starb 1956 als überzeugter Demokrat.

# Holger Thiemann

Cheforganisator des Stadtjubiläums

**Es kommt erstens anders und zweitens als man denkt: Aufgrund der Coronapandemie fällt die abschließende Festwoche des Stadtjubiläums aus. Wir haben mit Organisator Holger Thiemann gesprochen.**

## **1 Wie ist die Stimmung in Ihrem Team?**

Nächste Frage bitte!

## **2 Gibt es trotz Pandemie noch Highlights, auf die Sie sich besonders freuen?**

Ja, die gibt es. Wir können – insbesondere im Juli – noch eine ganze Reihe sehr interessanter Projekte und Veranstaltungen zeigen und damit einen Eindruck vermitteln, was alles möglich gewesen wäre, wenn uns Corona in Ruhe gelassen hätte.

Gleich zu Beginn im Juli kann man entlang der Dreisam die Ergebnisse eines Architektur-Workshops für Schülerinnen und Schüler bestaunen. Ein tolles Projekt, das trotz äußerst schwieriger Rahmenbedingungen doch noch möglich geworden ist. Auch eines unserer Highlights aus dem letzten Jahr, die Stadtrauminszenierung „FreiRäume“, werden wir noch im Juli erleben. In diesem Projekt werden außergewöhnliche Orte in Freiburg auf sehr unterschiedliche Weise bespielt und in Szene gesetzt.

Freuen kann man sich auch auf die von Matthias Deutschmann erarbeitete „Freiburg-Gala“, die ursprünglich im Großen Haus des Freiburger Theaters stattfinden sollte und nun unter anderem an einem äußerst geschichtsträchtigen Ort, dem Basler Hof, zu sehen sein wird.

## **3 Was würden Sie Ihrem Nachfolger oder Ihrer Nachfolgerin mit auf dem Weg geben?**

Die Verantwortlichen für das 1000-jährige Stadtjubiläum sollten über mehr Vorbereitungszeit, ein größeres Team und über ein höheres Budget verfügen. Das klingt jetzt sehr banal, aber es wirklich so, dass aufgrund der überschaubaren Ressourcen viele Dinge bereits im Vorfeld gestrichen werden mussten. Oder wir haben im Verlauf der Vorbereitung feststellen müssen, dass uns für einige wünschenswerte Aktionen, für interessante Projekte und spannende Kooperationen die dafür notwendigen Mittel gefehlt haben.



# Kriminalität erreicht Zehn-Jahres-Tiefstwert

Gemeinderat diskutiert die Polizeiliche Kriminalstatistik 2020

**Freiburg ist nicht mehr Spitze – und alle freuen sich. Der Grund ist ganz einfach: Jahrelang belegte die Breisgaumetropole Platz 1 in der Polizeilichen Kriminalstatistik des Landes. Zum zweiten Mal in Folge gelang es 2020, den Platz ganz oben auf dem Podest anderen zu überlassen.**

Polizeidirektor Armin Bohnert ist im Polizeipräsidium Freiburg als Leiter des Stabsbereichs Einsatz tätig. In dieser Funktion und in Vertretung von Polizeipräsident Franz Semling stellte er am vorvergangenen Montag den Mitgliedern des gemeinderätlichen Haupt- und Finanzausschusses die wichtigsten Zahlen und Entwicklungen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2020 vor. Zu Beginn seiner Ausführungen machte Bohnert zunächst klar, was die PKS kann – und was nicht. „Sie ist ein Indikator für die Kriminalitätslage, aber keine Eins-zu-eins-Abbildung.“ In den Zahlen spiegeln sich auch wider, wie viel Ermittlungsaufwand seitens der Polizei betrieben werden kann – der Polizist spricht von der „Erhellung des Dunkelfelds“. Das gilt beispielsweise im Bereich Partnergewalt, wo es in Freiburg mit der Freiburger Fachstelle Intervention gegen häusliche Gewalt (FRIG) eine besonders gute Zusammenarbeit gibt und dadurch entsprechend viele Fälle bekannt werden – fast 400 waren es 2020, knapp unter dem langjährigen Mittel.

## Pandemie oder Trend?

Insgesamt zeigt die Polizeistatistik in fast allen Kriminalitätsbereichen rückläufige Zahlen, teilweise sanken die Zahlen auf einen Zehn-Jahres-Tiefstwert. Allen voran gilt das für die Straftaten insgesamt: Knapp über 21 000 Fälle wurden registriert, 2015 waren es noch fast 30 000 gewesen. Die Aufklärungsquote liegt übrigens seit Jahren ziemlich konstant bei rund 60 Prozent, die der nicht deutschen Tatverdächtigen bei etwa 40 Prozent.

Was zum Rückgang der Straftaten geführt hat, ist nicht immer leicht zu erklären, so Bohnert. Ein Teil geht ohne Zweifel auf das Konto der Pandemie. Besonders augenfällig scheint das bei der Straßen- und Gewaltkriminalität in der Freiburger Altstadt, wo mit knapp 800 fast exakt 100 Fälle weniger zu verzeichnen waren als 2019 – Kneipenschließungen und nächtlichen Ausgangssperren sei Dank. Oder doch nicht? Schließlich gehen die Zahlen schon seit 2014 (1550 Fälle) konstant bergab und haben sich seither fast halbiert. Möglicherweise schlägt sich hier auch die Entlastung durch den kommunalen Vollzugsdienst nieder; Bohnert lobt die Zusammenarbeit jedenfalls ausdrücklich.

Ein ähnlich zweideutiges Bild zeigt sich bei den Wohnungseinbrüchen: Dass Grenzschießungen das internationale Agieren erschweren, hat sicherlich zum Rückgang um fast 55 Prozent (auf 123 Fälle) beigetragen. Aber auch die verstärkte Ermittlungsarbeit mit Schwerpunktaktionen zahlt sich offenbar aus – schließlich waren die Zahlen schon 2019, also vor Corona, deutlich gesunken.

## Aufwendige Ermittlungen

Deutlich gestiegen ist hingegen leider die Zahl der Sexualstraftdelikte – doch auch hier lohnt sich ein näherer Blick auf die Zahlen. Während die gemeldeten Fälle sexuellen Missbrauchs seit rund zehn Jahren relativ konstant sind (2020: 83 Fälle), zeigt die Kurve für zwei andere Deliktgruppen seit Einführung des neuen Sexualstrafrechts 2016 steil nach oben: bei sexuellen Belästigungen (2020: 115 Fälle) sowie bei der „Ausnutzung sexueller Neigungen“, worunter sich das weite Feld der Pädophilie verbirgt (2020: 56 Fälle, 2016: 16). In diesem Aufgabenbereich sieht Bohnert auf Nachfrage von CDU-Stadtrat Klaus Schüle auch den größten Personalbedarf: „Die Ermittlungen sind enorm aufwendig und belastend. Und jeder Monat, den es länger dauert, bedeutet, dass ein Kind länger leiden muss. Im Ermittlungsbereich fehlt uns Personal.“

Ein weiteres Thema mit hoher öffentlicher Aufmerksamkeit ist die Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte. Hier gab es seit 2016 einen deutlichen Anstieg von 181 auf 297 Fälle im Jahr 2019. 2020 waren es „nur“ noch 276, das liegt aber immer noch über dem Zehn-Jahres-Schnitt von 239. Bohnert hilft, die Zahlen einzuordnen: Erfasst wird jeder Widerstand gegen Vollzugsbeamte, dazu zählt beispielsweise auch, sich (mit Kraft) gegen eine Festnahme zu sperren. Seltener seien tätliche Angriffe. Alles in allem bezeichnete Bohnert die Situation als „nicht erfreulich, aber auch nicht dramatisch“.

## Licht und Schatten

Aus den Reihen des Gemeinderats kam abschließend die Frage, was die Polizei erwartet, wenn Corona vorbei ist. Bohnert übte sich in Optimismus: „Ich hoffe, dass alle glücklich sind und friedlich feiern.“ Der erfahrene Polizist weiß aber auch: „Der Nachholbedarf ist riesig.“ Das passt gut zur Einschätzung von Oberbürgermeister Martin Horn: „Die Polizeistatistik zeigt viel Licht, aber auch viel Schatten.“

# 83 neue Wohnungen für Freiburg

Stadtbau stellt vier Häuser in Haslach fertig

**Als weiteren Baustein des Sanierungsprogramms „Soziale Stadt Haslach-Südost“ hat die Freiburger Stadtbau in der Belchenstraße 8 vier Wohngebäude mit 83 Wohnungen fertiggestellt. Davon sind 41 öffentlich geförderte Mietwohnungen und 42 Eigentumswohnungen. Die Kosten des 2019 begonnenen Projekts liegen bei 23,3 Millionen Euro.**

Die Miete in den geförderten Wohnungen beträgt durchschnittlich 7,92 Euro pro Quadratmeter und liegt damit ein Drittel unter der durchschnittlichen Mietspiegelmiete. Zusammen haben die Wohnungen eine Wohnfläche von knapp 7000 Quadratmetern, sie sind alle barrierefrei zugänglich, fünf Wohnungen sind mit dem Rollstuhl nutzbar.

Die Häuser weisen den Freiburger Effizienzhaus-Standard 55 auf, Heizung und Warmwasser kommen über einen Fernwärmeanschluss in der Feldbergstraße im Rahmen der Wärmeinsel Haslach Südost. Auf den Dächern der neuen Gebäude wurde eine Photovoltaikanlage im Rahmen eines Mieterstrom-Modells errichtet.

Früher stand auf dem Grundstück ein zwölfgeschossiges Hochhaus mit 72 Wohnungen – jetzt sind in zwei Bauabschnitten fünf Punkthäuser mit einem attraktiven Innenhof entstanden, der von der Nachbarschaft gut angenommen wird. Von den insgesamt 113 Wohnungen sind 71 öffentlich gefördert, das entspricht fast 63 Prozent. In der Tiefgarage stehen für das Quartier 113 Stellplätze zur Verfügung.

Außerdem hat die Stadtbau im Rahmen des Sanierungsprogramms „Soziale Stadt Haslach-Südost“ Bestandsgebäude in der Belchenstraße 12-34 mit 72 Mietwohnungen aus den 1960er-Jahren in bewohntem Zustand modernisiert. Die Häuser wurden jeweils um ein weiteres Geschoss in Holzbauweise aufgestockt – auf diese Weise entstanden weitere 24 neue Wohnungen. Insgesamt hat die Stadtbau damit im Rahmen des Sanierungsprogramms 65 zusätzliche Wohnungen errichtet.

# Großer Andrang beim Impfkaktionstag

1400 Astrazeneca-Impfdosen verabreicht Keine weiteren Aktionstage geplant

**Aus dem Ruder zu laufen drohte der große Astrazeneca-Impfkaktionstag am vorvergangenen Sonntag im Zentralen Impfzentrum (ZIZ) auf der Messe. Im Nachgang hat sich auch der gemeinderätliche Haupt- und Finanzausschuss mit den Vorgängen an der Messe auseinandergesetzt.**

Weil bei den bisherigen, gemeinsam mit der Badischen Zeitung veranstalteten Impfkaktionen rund ein Fünftel der gebuchten Termine nicht wahrgenommen wurde, hatte sich die FWTM für den vorvergangenen Sonntag etwas Neues ausgedacht. Ohne vorherige Terminbuchung sollten über 60-Jährige eine Astrazeneca-Impfdosis erhalten. Die Hoffnung: Durch das besonders niederschwellige Angebot sollten alle noch vorhandenen 1400 Impfdosen komplett aufgebraucht werden – weitere Astrazeneca-Impfungen wird es im ZIZ nämlich nicht geben. Der Grund: Bei diesem Impfstoff vergehen zwölf Wochen bis zum zweiten Impftermin – und derzeit ist nicht sicher, dass das ZIZ über Juli hinaus noch in Betrieb ist, wie ZIZ-Chef Strowitzki im Ausschuss auf Nachfrage von AfD-Stadtrat Detlef Huber mitteilte.

Der gute Plan wurde allerdings bereits eine Stunde nach seiner Verkündung Makulatur, als Gesundheitsminister Spahn diesen Impfstoff für alle Altersgruppen ab 18 Jahren unabhängig von ihrer Impfberechtigung freigab. Das Ergebnis: Schon Stunden vor Öffnung des ZIZ bildeten sich an der Messe lange Schlangen überwiegend jüngerer Menschen. Nicht immer konnten dabei die Abstände eingehalten werden, allerdings trugen die Wartenden durchgängig Masken, sodass nach Rücksprache mit den Uni-Virologen ein von Stadtrat Wolf-Dieter Winkler (FL) befürchtetes „Superspreader-Event“ sicher ausgeschlossen werden könne, so Strowitzki.

In der kurzen, von der FDP/BfF-Fraktion angestoßenen Fragerunde äußerte deren Stadtrat Sascha Fiek dennoch Zweifel, ob das alles in Ordnung gewesen sei. Bei seinen Kolleginnen und Kollegen überwog indes die Einschätzung, dass der große Andrang zwar vorhersehbar gewesen sei. Die Aktion insgesamt sei aber positiv einzustufen, so das einhellige Fazit von Stefan Schillinger (SPD) und Carolin Jenkner (CDU). „Jede Impfung zählt“, unterstrich auch Grünen-Stadtrat Jan Otto. Und Michael Moos von Eine Stadt für alle wünschte sich mehr solcher „unkonventionellen Maßnahmen“, beispielsweise mobile, dezentrale Impfteams mit offenen Angeboten.

# **gemeinderat in kürze**

## **Artenvielfalt in der Stadt ist in Gefahr**

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2040 wurde auch ein Gutachten über die biologische Vielfalt im Siedlungsbereich erstellt. Die Ergebnisse sind eindeutig, aber wenig überraschend: Schon heute ist der Rückgang der Artenvielfalt deutlich spürbar. Umso klarer ist auch der Auftrag an die Bauleitplanung: Freiräume müssen aktiviert, Verbundräume gesichert und aufgewertet werden, dabei sollten auch Private einbezogen werden. Nicht zuletzt ist auf die Ausführung der Gebäude zu achten, damit auch diese Lebensräume bieten. Nach ausführlicher Vorberatung in den Fachausschüssen hat der Gemeinderat die Informationsvorlage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

## **Kirsten Boie als Schulnamenspatin**

Der Gemeinderat folgte einstimmig dem Verwaltungsvorschlag, die Sprachheilschule Freiburg in „Kirsten-Boie-Schule, Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum Sprache, Freiburg“ umzubenennen. Zuvor hatte sich das SBBZ in einer Schulkonferenz für einen neuen Namen ausgesprochen, der nicht mehr den Wortbestandteil „heilen“ in sich trägt und gleichzeitig den Förderschwerpunkt Sprache verdeutlicht. Neue Namensgeberin ist Kirsten Boie, eine preisgekrönte und vielseitige Kinder- und Jugendbuchautorin aus Hamburg, deren bekannteste Werke sicherlich die Abenteuer des kleinen Ritter Trenk sind.

# Molkerei wird zur eierlegenden Wollmilchsau

Mit Abwärme der Schwarzmaldmilch: Freiburg-Süd erhält ein ökologisches und effizientes Wärmenetz

**Selbst mit der stärksten Lupe wird man wohl kein Haar in der Suppe finden, die Badenova und Schwarzwaldmilch zubereitet haben. In Kurzform: Bislang ungenutzte Abwärme aus der Molkerei-Produktion wird ins Wärmenetz eingespeist und sorgt so für eine CO2-Reduktion von fast 75 Prozent. Das Projekt „Wärmeverbund Freiburg-Süd“ kostet 36,5 Millionen Euro – davon steuert der Bund 11,6 Millionen Euro als Förderung bei.**

An der enormen Fördersumme lässt sich ablesen, wie innovativ und vorbildlich das Projekt ist. Für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie begründet Abteilungsleiter Thorsten Herdan die Förderung: „Der Freiburger Wärmeverbund zeigt beispielhaft, dass hocheffiziente Wärmenetze auch zur Versorgung von Bestandsgebäuden umgesetzt werden können und keine perfekt gedämmte Neubausiedlung voraussetzen.“

Für Oberbürgermeister Martin Horn ist das Wärmenetz ein Mutmacher. „Solche Meilensteine erfüllen mich mit Zuversicht, dass wir für unsere Stadt die angestrebte Klimaneutralität erreichen werden.“ Das vielleicht Verblüffendste an dem Projekt ist, wie naheliegend es im wahrsten Sinne ist. Für Schwarzwaldmilch-Geschäftsführer Andreas Schneider widerlegt es damit auch die These, dass Industriebetriebe am besten außerhalb der Stadt angesiedelt sein sollten: „Ein nachhaltig betriebener Produktionsstandort inmitten der Stadt kann ein wichtiger Treiber für den Klimaschutz und für die innerstädtische Energiewende sein.“

## Wärme aus Kältetechnik

Für die technische Umsetzung des in den kommenden vier Jahren geplanten Wärmenetzes zeichnet die Badenova-Tochter Wärmeplus verantwortlich. Im Mittelpunkt des Projekts steht der Aufbau einer neuen Energiezentrale auf dem Gelände der Schwarzwaldmilch und dort die Nutzung der industriellen Abwärme aus deren Produktion. Hierbei handelt es sich um Niedertemperatur-Abwärme aus dem Abwasser und der Kältetechnik, welche ansonsten ungenutzt bleiben würde. Mittels technisch anspruchsvoller Wärmepumpen hebt Wärmeplus diese Abwärme auf ein Temperaturniveau von 85 Grad Celsius an. Die Abwärme der Schwarzwaldmilch wird dann in das mit einer neuen Heizzentrale ausgestattete Staudinger-Wärmenetz eingespeist. Da die Menge und Leistung deutlich über dem Bedarf dieses Netzes liegen, soll es in mehreren Schritten erweitert und mit Nachbarnetzen verknüpft werden. Die Erweiterung erfolgt unter anderem unter der Dreisam und der B 31 hindurch in Richtung Stühlinger in das Metzgergrün-Areal, wo über 1000 Wohneinheiten angeschlossen werden. Der Verbund mit dem bestehenden Nahwärmenetz im Stadtteil Vauban sowie der Anschluss weiterer Abnehmer entlang der dadurch entstehenden Trasse erschließen weiteres Potenzial.

Um Schwankungen bei der regenerativen Energieerzeugung auszugleichen, ist außerdem der Zubau eines neuen Holzhack-schnitzelkessels im Heizkraftwerk Vauban sowie mehrerer leistungsstarker Blockheizkraftwerke in Haslach und Vauban geplant. Ein innovativer neuer Ansatz besteht auch in der Verknüpfung der Übergabestationen durch Lorawan-Funktechnologie. Dadurch kommuniziert das Netz permanent mit den Kunden und kann die Energieerzeugung auf deren Bedarf abstimmen.

Für Wärmeplus-Geschäftsführer Klaus Preiser reicht das Projekt weit über den betriebswirtschaftlichen und technischen Tellerrand hinaus: „Mit der Transformation und großflächigen Erweiterung unseres Bestandsnetzes leisten wir einen signifikanten Beitrag zum Gelingen der gesellschaftlichen Wärme- und Energiewende vor Ort.“

Die nackten Zahlen bestätigen seine Einschätzung: Verglichen mit dem Status quo der Wärmeversorgung in Freiburg-Süd wird eine CO2-Einsparung von 74,8 Prozent bei gleichzeitigem Rückgang des Primärenergieeinsatzes um 35 Prozent erreicht. Das führt in der Summe zu einer dauerhaften Reduktion des CO2-Ausstoßes von 5000 Tonnen jährlich.

# Veranstaltungen zum Stadtjubiläum

freiburg.archäologie – 200 Jahre Forschen in der Stadt

Ausstellung im Museum für Stadtgeschichte bis 4. Oktober

Nur nach Voranmeldung unter [www.freiburg.de/museen-tickets](http://www.freiburg.de/museen-tickets) oder Tel. (0761) 201-25 15

StadtWaldMensch – 900 Jahre Wald für Freiburg Ausstellung im Waldhaus Freiburg

bis 31. März 2022

Nur nach Voranmeldung unter [info@waldhaus-freiburg.de](mailto:info@waldhaus-freiburg.de) oder Tel. (0761) 89 64 77 10

buochmeisterinne

Handschriften und Frühdrucke aus dem Freiburger Dominikanerinnenkloster Adelhausen, Ausstellung im Museum für Stadtgeschichte bis 13. Juni

Nur nach Voranmeldung unter [www.freiburg.de/museen-tickets](http://www.freiburg.de/museen-tickets) oder Tel. (0761) 201-25 15

GrundRisse – Ein Quartier im Umbruch

Ausstellung mit 15 Stationen unter freiem Himmel im Sedanquartier und Im Grün bis 24. Mai

Frauen.Gestalten 2

Ausstellungsprojekt in drei Teilen, VHS-Galerie bis 28. Mai

Nur nach Voranmeldung unter [info@gedok-freiburg.de](mailto:info@gedok-freiburg.de) oder Tel. (0761) 15 62 06 02

Sport im Park

Online-Angebot zum Mitmachen unter: [www.ft1844-freiburg.de/fitness-gesundheit-reha/content/sport-im-park](http://www.ft1844-freiburg.de/fitness-gesundheit-reha/content/sport-im-park) Core WorkoutDo, 27. Mai, 18.30 Uhr

# Weiterführende Schule am Tuniberg

Gemeinderat beschließt Bürgerbeteiligung

**Eigentlich sind sich Verwaltung, Gemeinderat und die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher einig: Die Tuniberggemeinden brauchen dringend eine neue weiterführende Schule. Im Mai 2020 sprach sich allerdings eine Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte gegen ein klassisches Gymnasium und für eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe aus.**

Deshalb beauftragte das Gremium die Stadtspitze damit, ein Beteiligungsverfahren auszuarbeiten: Die Bürgerinnen und Bürger der Tuniberggemeinden sollen über die verschiedenen Schulformen informiert werden, damit sie sich anschließend für einen Favoriten aussprechen können. Die Verwaltung hat dem Gemeinderat jetzt vorgeschlagen, bis zum Jahresende zwei Informationsveranstaltungen, einen zweitägigen Workshop und eine abschließende Bürgerumfrage durchzuführen. Kostenpunkt: 30 000 Euro.

Die Diskussion im Gemeinderat drehte sich dabei weniger um den Verwaltungsvorschlag, der mit Mehrheit angenommen wurde, als um die Frage, ob ein weiteres Beteiligungsverfahren den Bau der Schule verzögere. Bildungsbürgermeisterin Christine Buchheit erklärte allerdings, dass die Standortsuche unabhängig vom Beteiligungsverfahren weiterlaufe.

Grünen-Stadträtin Vanessa Carboni argumentierte deshalb mit der sozialen Durchlässigkeit und stellte klar: „Wir favorisieren eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe.“ Dem konnte sich Esfa-Sprecher Gregor Mohlberg anschließen und gab angesichts einer gesamtstädtischen Investition im zweistelligen Bereich zu bedenken: „Eine Beteiligung ist wichtig, um die nachhaltigste Lösung herauszuarbeiten.“

„Es gibt eigentlich wenig Kontroverses in der Druckvorlage“, ergänzte Julien Bender (SPD/Kulturliste) – unter einer Voraussetzung: „Es darf keine weitere zeitliche Verzögerung geben.“ Diesem Grundtenor konnte sich Jupi-Sprecher Ramon Kathrein und FDP/BfF-Stadträtin Claudia Feierling anschließen. Letztere mahnte allerdings: „Es ist ein Irrglaube, Gymnasien durch andere Schularten zu ersetzen, nur weil es politisch gerade passt.“

Kritischer sah das Verfahren der CDU-Sprecher Klaus Schüle: „Es braucht keine weitere Bürgerbeteiligung, sondern das Tuniberggymnasium.“ Dem schlossen sich Gerlinde Schrempp für die Freien Wähler und AfD-Stadtrat Detlef Huber an: Der Bedarf vor Ort spreche klar gegen eine Gemeinschaftsschule.

Für den Bau eines Gymnasiums plädierte auch Wolf-Dieter Winkler von Freiburg Lebenswert – gerade weil die Wege bis zum nächsten sehr lang seien. Dem entgegnete die Bildungsbürgermeisterin, dass es zurzeit 200 Kinder aus den Tuniberggemeinden gebe, die täglich zu anderen Schulformen pendeln müssen. Eine Gesamtschule könnte demnach die gerechtere Lösung sein.

# Ziel: Fair handeln und produzieren

## Resolution für wirksames Lieferkettengesetz

Im Handel und der Produktion werden im Zuge der weltweiten Lieferketten immer wieder grundlegende Menschen- und Umweltrechte verletzt. Damit Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen, hat die Bundesregierung ein Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht. Mit einer Resolution setzen sich viele Städte dafür ein, dass das Gesetz auch tatsächlich wirksam ist – seit Dienstag gehört auch Freiburg dazu.

Der Gemeinderat hat sich in Teilen zunächst schwergetan, die von der Initiative Lieferkettengesetz angemahnten Verschärfungen zu unterstützen. So wird beispielsweise die Ausweitung des Geltungsbereichs des Gesetzes auch auf Unternehmen mit weniger als 3000 Mitarbeitenden gefordert. Derartige Fragen zu beurteilen, sei aber für einen Gemeinderat zu komplex, gab Sascha Fiek von der FDP in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am vorvergangenen Montag zu bedenken. Auch Carolin Jenkner von der CDU hatte aus diesem Grund Vorbehalte, konkrete Änderungen am Gesetzentwurf ihrer Partei einzufordern. Detlef Huber von der AfD wies auf die Nichtzuständigkeit des Gremiums hin.

Über (fast) alle Parteigrenzen hinweg bestand jedoch Einigkeit, sich für ein wirksames Lieferkettengesetz mit dem Ziel weltweit fairer Arbeitsbedingungen einzusetzen. Dem entsprechend haben alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen außer der AfD eine Erklärung formuliert, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, „unter kluger Abwägung der unterschiedlichen Gesichtspunkte ein wirksames Gesetz auf den Weg zu bringen“. Außerdem solle sie sich auf europäischer Ebene für eine vergleichbare Regelung einsetzen.

Breite Unterstützung fand auch die eigentliche Resolution, die zuvor bereits von 50 anderen deutschen Städten unterschrieben wurde, darunter als Erstunterzeichner München, Bonn, Bremen, Hannover, Heidelberg und Mainz.

Die Resolution fordert unter anderem „effektive Durchsetzungsmechanismen“, beispielsweise den Ausschluss von Firmen bei öffentlichen Vergaben. Damit ist auch der lokale Bezug der Initiative begründet: „Als öffentliche Hand haben wir die Verpflichtung, faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards in unserem Einkauf und Handeln zu gewährleisten. Wir wollen nicht, dass mit öffentlichen Geldern Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung finanziert werden. Ein Lieferkettengesetz in Deutschland ist überfällig und ein wesentlicher Baustein für mehr globale Gerechtigkeit.“

Ohne weitere Aussprache, dafür aber mit größter Mehrheit schloss sich der Gemeinderat dieser Resolution bei nur einer Gegenstimme der AfD an.

Den vollständigen Resolutionstext gibt es unter Top 1 bei: [www.freiburg.de/gemeinderat](http://www.freiburg.de/gemeinderat)



# Dietenbach in den Startlöchern

Vorarbeiten für das Erdaushublager

**Bis die ersten Häuser gebaut werden, vergehen sicherlich noch ein paar Jahre. Doch schon jetzt beginnen die Vorarbeiten für das Erdaushubzwischenlager, das der Sammlung von Erdmaterial zur Aufschüttung des neuen Stadtteils Dietenbach dient.**

Das Ganze ist eine Win-win-Situation wie aus dem Lehrbuch: Statt das benötigte Material von weither anzukarren, nimmt man das, was in der Region ohnehin anfällt. Und erspart im Gegenzug weite Wege zu bestehenden Erdaushubdeponien. Für den Bau des Zwischenlagers – im Plan weiß umrandet – finden aktuell Bauarbeiten in den beiden gelb eingekreisten Bereichen statt, die noch bis Ende Juni dauern. An der Straße „Zum Tiergehege“ entsteht ein neuer Fuß- und Radweg mit eigener Rampe (oberer Kringel). Dieser Umbau entschärft die Kreuzungssituation mit den abfahrenden Lkw aus dem künftigen Erdaushubzwischenlager. Außerdem erhält das Lager eine eigene Zufahrt vom Zubringer-Mitte (unterer Kringel) östlich der Anschlussstelle Lehen.

# Forschung für mehr Radsicherheit

Stadt Kooperationspartner bei Bundesprojekt

**Immer mehr Menschen steigen auf das Rad. Kommunen, Länder und auch der Bund wollen den Anteil des Fahrradverkehrs als ökologische und gesunde Mobilitätsform weiter steigern. Doch das bringt auch Probleme mit sich, weil der Platz begrenzt ist und verschiedene Mobilitätsformen um den Raum konkurrieren. Wie der Spagat gelingen kann, möchte die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) erforschen – und kooperiert dabei mit Freiburg.**

Die positiven Aspekte des Radelns lassen sich auf zwei gewichtige Schlagworte verdichten: Klimaschutz und Gesundheit. In Langform: Je mehr Leute radeln, desto geringer sind CO<sub>2</sub>-Emissionen und die innerstädtischen Verkehrsprobleme, gleichzeitig erhöht sich die Lebensqualität in den verdichteten Städten.

Doch da das Fahrrad genau wie der Mensch, der es fährt, keine Knautschzone hat, ist das Thema Sicherheit ein besonders wichtiges. Mit ihrem Forschungsprogramm „Sicheres Radfahren in einem gemeinsam genutzten Straßenraum“ greift die BASt dieses Problem auf. Im Fokus stehen die Entwicklung und Erforschung von Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsklimas, der Regelkenntnis, der Sichtbarkeit sowie des Schutzes von Radfahrenden.

In diesem Rahmen wurde eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg vereinbart. Konkret sollen Infrastrukturmaßnahmen untersucht werden, die das Potenzial haben, Konflikte zwischen Radverkehr und anderen Verkehrsteilnehmern zu reduzieren. Angedacht ist beispielsweise, die objektive und subjektive Sicherheit auf Radfahrstreifen entlang von überbreiten Kfz-Fahrbahnen zu untersuchen. Diese gibt es etwa am Friedrichring, wo aus ehemals zwei Spuren für den Autoverkehr eine überbreite Spur gemacht wurde. So konnte der Radweg deutlich verbreitert werden.

„Ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam – egal ob wir zu Fuß gehen, mit dem Rad oder im Auto unterwegs sind – dazu in der Lage sind, durch rücksichtsvolles Verhalten zur Sicherheit aller entscheidend beizutragen“, so Baubürgermeister Martin Haag. „Dieses Forschungsprogramm wird hierfür wichtige und richtungsgebende Erkenntnisse liefern. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und auf die ersten Ergebnisse.“

# Neue Software für die Leitstelle

Gesamtkosten: 3,9 Millionen Euro

**Die Stadt Freiburg betreibt gemeinsam mit dem Landkreis-Breisgau-Hochschwarzwald und dem DRK-Kreisverband die Integrierte Leitstelle Freiburg in der Eschholzstraße 118. Weil sich der Anbieter der bisherigen Software zurückzog, war ein Systemwechsel notwendig. Kostenpunkt: 3,9 Millionen Euro.**

Feuer, Unfälle, Herzinfarkt – im Ernstfall laufen alle Notrufe aus Freiburg bei der Integrierten Leitstelle Freiburg Breisgau-Hochschwarzwald (ILS) ein. Die fachlich geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alarmieren dann die jeweils zuständigen Einsatzkräfte, beispielsweise die Feuerwehr oder den Rettungsdienst.

Nach zehn Jahren musste die Software der Einsatzzentrale ausgetauscht werden. Der Vertrag mit dem bisherigen Kooperationspartner, die Firma Siemens, ist ausgelaufen und konnte nicht verlängert werden. Deshalb fand im Sommer 2019 eine europaweite Ausschreibung statt; das neue Leitsystem Cobra 4 ersetzt die alte Software und wurde jetzt in Betrieb genommen.

Seit 2011 ist die ILS rund um die Uhr in Betrieb. Rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bearbeiten täglich rund 1000 Anrufe und planen dabei rund 240 Einsätze – von Breisach über Freiburg bis nach Löffingen und Badenweiler.

# 54 neue Gärten in St. Georgen

Erweiterung der Anlage Moosacker

**Seit Mai entstehen in einem ersten Bauabschnitt 54 neue Kleingärten in St. Georgen. Dafür wird die Kleingartenanlage Moosacker erweitert. Insgesamt stehen für das Projekt rund 11 000 Quadratmeter zur Verfügung, von denen 2500 Quadratmeter für Gemeinschaftsgartenprojekte wie Urban Gardening reserviert sind. Die Kosten liegen bei rund 500 000 Euro.**

In zwei Bauabschnitten entstehen insgesamt 90 neue Kleingärten als Ausgleich für die Flächen, die beim Bau des Rathauses im Stühlinger sowie der Rettungswache in Haslach beansprucht wurden. Die Pächterinnen und Pächter, die ihren Garten damals abgeben mussten, haben bei der neuen Anlage jetzt ein Vorgriffsrecht.

Die Fläche für das Urban Gardening entsteht im nördlichen Teil der Anlage, die klassischen Gartenparzellen sind im südlichen Teil geplant. Die Parzellen sollen bis zu 200 Quadratmeter groß sein. Als Bindeglied zwischen den beiden Teilbereichen ist ein etwa 350 Quadratmeter großer Freiraum als Gemeinschaftsfläche vorgesehen. Erschlossen wird die Gesamtanlage weiterhin über den Moosackerweg.

# Was brauchen Familien in Landwasser?

Online-Umfrage zu Gesundheitsangeboten

**Im Rahmen einer kommunalen Gesundheitskonferenz wollen die Stadt Freiburg und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald in Erfahrung bringen, was Familien in Landwasser brauchen, um gesund und fit zu bleiben. Das erste Online-Treffen dazu findet am 10. Juni statt.**

Schon jetzt gibt es in Freiburg viele hilfreiche Angebote für Familien, die aber nicht alle Menschen kennen. Um das zu ändern und damit einen Beitrag zur Gesundheit zu leisten, möchte das im Landratsamt angesiedelte Kommunale Gesundheitsmanagement mit den Menschen in Landwasser ins Gespräch kommen.

Die Teilnahme ist freiwillig und kostet nichts – außer ein bisschen Zeit. Man muss nichts Besonderes wissen oder können – gefragt ist einfach die persönliche Meinung. Es wird nur wenige, kurze Treffen geben. Der erste Termin findet online am Donnerstag, den 10. Juni, von 19 bis 19.45 Uhr statt. Ein weiterer Termin ist nach den Sommerferien geplant.

Interessierte melden sich bitte bis zum 7. Juni bei Verena Elias unter Tel. (0761) 21 87-30 64 oder per E-Mail an: [verena.elias@lkbh.de](mailto:verena.elias@lkbh.de).

# Weder Stau noch Parkplatzsuche

Fahrradserie (Teil 5): Wo in der Innenstadt Fahrräder stehen können und dürfen – und wo nicht

**Für Autos gibt es Parkhäuser und Parkplätze. Und für Fahrräder? Natürlich Radparkplätze, allein in Freiburgs Innenstadt sind es 7700 an der Zahl – die meisten davon ausgestattet mit Metallbügel, an die sich die Räder anschließen lassen. Ein Teil davon, in der Radstation, ist sogar überdacht und diebstahlsicher.**

Selbst wenn es an Wochenenden manchmal ganz schön eng werden sollte – einen freien Platz fürs eigene Fahrrad findet man in Freiburg fast immer. Und das, obwohl so viele Menschen Fahrrad fahren: 90 Prozent aller Freiburgerinnen und Freiburger nämlich wohnen in einem Radius von fünf Kilometern rund um die Innenstadt. Wer da Lust auf einen Stadtbummel oder etwas zu erledigen hat, ist mit dem Fahrrad am schnellsten und spart Zeit und Geld, da er oder sie keinen Parkplatz suchen muss.

Allein in den vergangenen drei Jahren kamen 1200 Plätze neu dazu: Metallbügel zum Anschließen finden sich unter anderem in der Rempart-, Humboldt-, Eisenbahn- oder Bertoldstraße, am Siegesdenkmal, Augustinerplatz, Schwabentor, Karlsplatz oder rund um die Innenstadt-Kollegengebäude der Universität. Im Durchschnitt liegt die Auslastung der Radparkplätze bei rund 70 Prozent, aber natürlich lokal und zeitlich schwankend. An etlichen Standorten in der Innenstadt finden sich inzwischen auch extra große XXL-Plätze für Lastenräder, hinzu kommen viele Frelo-Abstellplätze, von denen aus man mit dem Leihrad die Stadt erkunden oder von A nach B kommen kann.

Nicht abstellen darf man sein Rad hingegen am Bertoldsbrunnen: An diesem Knotenpunkt sind so viele Straßenbahnen sowie Fußgängerinnen und Fußgänger unterwegs, dass geparkte Fahrräder schnell im Weg stehen würden. Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat 2007 für ein Radabstellverbot entschieden, will heißen: Wer sein Rad hier parkt, muss damit rechnen, dass es abgeschleppt und dafür das Schloss aufgebrochen wird. Das Gleiche gilt am Platz der Alten Synagoge. Auch hier ist das Abstellen verboten.

Praktisch für Pendler oder Bahnreisende ist die Radstation an der Westseite des Hauptbahnhofs, deren Betreiberin die Freiburger Stadtbau ist: In der unteren Etage des Gebäudes – zugänglich von der Stühlinger-Seite der Wiwilibrücke aus – befindet sich ein bewachtes Fahrradparkhaus mit 1000 Plätzen. Hier lässt sich das Rad für einen Euro pro Tag vor der Abfahrt bequem, überdacht und sicher parken. Wer regelmäßig parken möchte: Eine Monatskarte kostet zehn, eine Jahreskarte 80 Euro.

In einer kleinen Radreparaturstation direkt am Eingang, ausgestattet mit Werkzeug und Luftpumpe, können Radlerinnen und Radler während der Öffnungszeiten kleine Reparaturen an ihrem Rad kostenlos selbst durchführen. Falls das nicht gelingt: In den oberen Stockwerken gibt es eine Fahrradwerkstatt, außerdem einen Fahrradverleih, ein Büro der Freiburger Verkehrs AG und ein Reisebüro – womit aus der Radstation eine Mobilitätszentrale mit Rundumservice wird.

Ebenfalls interessant für Pendler und alle anderen, die von außerhalb nach Freiburg kommen, sind die „Bike-and-ride-Plätze“ in unmittelbarer Nähe von Stadtbahn-, Bahn- und Bushaltestellen: Freiburg bietet hier mehr als 1800 Fahrradabstellplätze, davon rund die Hälfte überdacht. Wer sein Rad regelmäßig abstellen möchte, kann eine abschließbare Fahrradbox mieten: Sie stehen an acht Standorten in der Nähe zu Stadtbahn-Haltestellen oder Bahnhöfen; Informationen dazu gibt's am VAG-Schalter in der Radstation am Hauptbahnhof, im VAG-Kundenzentrum Pluspunkt in der Salzstraße oder per E-Mail unter: [mehrmobilitaet@vagfr.de](mailto:mehrmobilitaet@vagfr.de).

Info: [www.freiburg.de/radverkehr](http://www.freiburg.de/radverkehr), [www.radstation-freiburg.de](http://www.radstation-freiburg.de), [www.vag-freiburg.de](http://www.vag-freiburg.de)

## radserie

Dieser Artikel ist Teil einer Serie im Amtsblatt, in der wir zusammen mit dem Garten- und Tiefbauamt in loser Folge über verschiedene Radthemen berichten.

# „Sie müssen hart im Nehmen sein“

Freiburg katalogisiert seine Straßenbäume und plant für eine trockene Zukunft

**Welche Bäume wachsen in Freiburgs Straßen? In welchem Zustand sind sie, und wie können sie fit für eine voraussichtlich trockene Zukunft gemacht werden? Um diese Fragen geht es beim Projekt „Digitales Baumkataster“, das das Garten- und Tiefbauamt gemeinsam mit der Universität gestartet hat. Dafür wird der komplette städtische Baumbestand digital erfasst.**

„Freiburg ist eine Stadt der Bäume“, sagt Baubürgermeister Martin Haag. 43 000 sind es insgesamt, die das städtische Garten- und Tiefbauamt betreut – für das neue Projekt werden von jedem einzelnen wichtige Kenndaten erfasst: Baumart, Alter, Höhe, Kronendurchmesser sowie Vitalitätszustand und Merkmale des Baumstandorts. Außerdem werden die Bäume mit Blick auf die Verkehrssicherheit begutachtet.

Zuständig dafür sind zertifizierte Baumkontrolleure: Sie geben die Daten vor Ort über mobile Geräte ein und versehen jeden Baum mit einer Nummer. „Wir erfassen zwischen 60 und 80 Bäume pro Tag“, schätzt Projektleiter Dirk Osterloh. Spitzahorn, Kastanien, Platanen und Linden sind die häufigsten Baumarten, die Freiburgs Straßen säumen, sie müssen einiges aushalten. „Hitze, Trockenheit, Streusalz, Strahlung“ seien die Faktoren, mit denen sie zu kämpfen hätten, sagt der Diplom-Forstwirt.

Bei dem Projekt geht es auch darum herauszufinden, wie der Baumbestand an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst werden kann, welche Bäume künftig gepflanzt werden sollen. „Sie müssen längere Trockenperioden überstehen. Gleichzeitig müssen sie aber auch winterhart sein. Insgesamt also hart im Nehmen“, sagt Osterloh, „Palmen werden es nicht werden.“ Der Fokus richte sich zunehmend auf Baumarten, die bislang eher in südlichen Ländern verbreitet seien, wie etwa den Zürgelbaum (lateinisch *Celtis*) oder den Amberbaum (*Liquidambar*).

Zunächst werden nur die Straßenbäume in die Datenbank eingepflegt. Später sollen auch Bäume auf Spielplätzen und in Grünanlagen folgen. Die beauftragte Fachfirma ist derzeit vorwiegend im Norden und in der Innenstadt unterwegs, aber auch im Osten und Süden Freiburgs wird aktuell am digitalen Baumkataster gearbeitet.

Die Daten werden im Rahmen eines gemeinsamen Projekts zwischen Albert-Ludwigs-Universität und Stadt Freiburg von Studierenden aus dem Fach Umweltwissenschaften erhoben. „Das digitale Baumkataster hilft uns, den öffentlichen Baumbestand im Blick zu behalten“, bringt Baubürgermeister Martin Haag das Ziel des Projekts auf den Punkt. „So können wir uns noch effektiver um unsere Bäume kümmern.“

# Waldsee: Stadt fördert Klimaschutzprojekte

Bis zu 5000 Euro für gute Ideen

**Klimaschutz ist ein Thema für die große Politik – und für jede und jeden Einzelnen. Mit dem Förderprogramm „Unser Quartier handelt für den Klimaschutz“, das der Gemeinderat im März beschlossen hat, will die Stadt lokale Klimaschutzideen unterstützen. Pilotquartier ist der schöne Stadtteil Waldsee – insgesamt 80 000 Euro stehen für gute Ideen und Projekte zur Verfügung.**

Der Fantasie sind dabei kaum Grenzen gesetzt. Egal ob die energetische Sanierung von Gebäuden, nachhaltige Mobilität, erneuerbare Energien oder auch Themen wie Ernährung oder Konsum – alles ist möglich. Neben den Einwohnerinnen und Einwohnern sind auch Vereine, Schulen, Kitas und soziale Einrichtungen oder religiöse Gemeinden eingeladen, mitzumachen und den Waldsee zum Klimaleuchtturm zu machen.

Was wird gefördert?

## **Gefördert werden Klimaschutzprojekte in den Bereichen:**

- Unsere Straße (Mobilität)
- Unser Haus (Energie)
- Unser Hab & Gut (Konsum)
- Unser Essen (Ernährung)
- Unser Garten (Naturschutz)

Außerdem können Projekte gefördert werden, die dem Klimaschutz allgemein dienen (aus dem Quartier für die Welt). Fördergelder gibt es sowohl für Investitionen als auch für Projekte der Kommunikation und Bildung, die das Bewusstsein für nachhaltige Lebensstile fördern.

## **Wer kann Anträge stellen?**

Anträge (für maximal zwei Projekte je Person) können alle Menschen, Vereine und Non-Profit-Institutionen stellen, die im Stadtteil Waldsee leben, arbeiten, zur Schule gehen oder anderweitig wirken. Jugendliche ab 14 Jahren dürfen mit der schriftlichen Einwilligung der Erziehungsberechtigten einen Antrag stellen. Unternehmen sind ausgeschlossen.

## **Wie viel Geld gibt es?**

Pro Projekt gibt es maximal 5000 Euro. Die Dauer einer geförderten Aktion ergibt sich aus dem Zweck, sollte aber nicht länger als ein Jahr gehen. Für das Programm stehen insgesamt 80 000 Euro aus dem Klimaschutzfonds der Stadt bereit – ausbezahlt wird, solange Geld da ist. Anträge können ab sofort gestellt werden.

Nähere Infos und Inspirationen gibt es unter [www.freiburg.de/klimawaldsee](http://www.freiburg.de/klimawaldsee) sowie per E-Mail an: [klimaquartier@stadt.freiburg.de](mailto:klimaquartier@stadt.freiburg.de)



# „Wir hoffen auf eine postpandemische Zukunft mit viel Kultur“

Aussicht auf Normalität: Das Theater Freiburg stellt den Spielplan 2021/2022 vor

**Bühnen- und Publikumsweh – so lässt sich die Stimmung in Freiburgs Stadttheater wohl am besten zusammenfassen. Nach dem Sommer steht die zweite Corona-Spielzeit an. Allerdings ist noch immer unklar, ob, wann und wie viel Publikum kommen darf. Nichtsdestotrotz: Das Team um Intendant Peter Carp hat für die kommende Spielzeit viel geplant und Großes vor.**

„Alles was wir im letzten Jahr produziert haben, wollen wir zeigen. Nichts ist für den Mülleimer.“ Intendant Peter Carps Ankündigung, alle verschobenen Premieren nachzuholen, hört sich fast wie eine Kampfansage an die Pandemie an – und ist zugleich auch Ausdruck einer großen Sehnsucht: der Sehnsucht nach Publikum, nach einem Stück Normalität.

Und wann es so soweit ist? „Wir wissen gar nicht, wann wir vor wie vielen Zuschauern spielen dürfen“, lautet die Antwort des Intendanten. Denkbar wäre es, niedrige Inzidenzzahlen vorausgesetzt, ab Pfingsten; es könnte aber genauso gut erst im Sommer oder zur neuen Spielzeit im September soweit sein. Abstandsregelungen, geschlossene Türen, Landesvorschriften – in Pandemiezeiten lässt sich eben nichts verlässlich planen.

Trotzdem wollen Carp und sein Team wieder loslegen; das Freiburger Publikum zurückgewinnen, heißt die Devise. Zwar sei ein halb gefülltes Haus ökonomisch nicht sinnvoll, bringe aber das Theatergefühl zurück, verspricht der Intendant: „Wir hoffen auf eine postpandemische Zukunft mit viel Kultur.“ Und dafür planen die städtischen Bühnen allen Widrigkeiten zum Trotz ein pralles, vielfältiges und abwechslungsreiches Programm.

## Musiktheater: Aller guten Dinge sind drei

Was lange währt, wird endlich gut: „Madame Butterfly“, die Oper des berühmten italienischen Komponisten Giacomo Puccini aus dem Jahr 1904, ist bereits zum dritten Mal angekündigt. „Sie kommt“, verspricht Heiko Voss, leitender Dramaturg des Musiktheaters.

In dem Drama flüchtet sich die gleichnamige Protagonistin in eine blumengeschmückte Parallelwelt, in der sie vergeblich auf die Rückkehr ihres geliebten Pinkerton wartet. Als der Schmerz sie zu überwältigen droht, sieht sie den einzigen Ausweg im Suizid. Die Geschichte des US-amerikanischen Schriftstellers John Luther Long wird von Benedikt Arnold inszeniert. Ebenso tragisch geht es im März des folgenden Jahres weiter: Andriy Zholdak inszeniert im großen Haus Shakespears Politik-Thriller über den Königsmörder „MacBeth“. Dramaturg Voss verspricht beste Unterhaltung: „Was für uns heute Game of Thrones ist, das war MacBeth im 17. Jahrhundert.“

Politisches Schauspiel

„Wir haben ein so umfangreiches und vielfältiges Programm wie noch nie“, kündigt Chef dramaturg Rüdiger Bering die kommende Spielzeit des Schauspiels an. Und es wird politisch: Die zeitgenössischen Stücke der Schauspielsparte greifen Themen auf, die von der Coronapandemie überlagert wurden.

So widmet sich die Uraufführung von „Hannibal“ dem Themenkomplex rechter Soldaten in der Bundeswehr. Dirk Lauckes neues Stück folgt seinen Figuren in die Abgründe des rechtsextremen Netzwerks „Hannibal“ und seiner Protagonisten.

Nicht weniger politisch, aber doch ganz anders ist die Aufführung „Damaskus 2045“ von dem syrischen Regisseur Omar Abusaada, die eigentlich schon für die vergangene Spielzeit geplant war. Im Jahr 2045 ist der Syrienkrieg vorbei, und eine Zeit des Wohlstands ist angebrochen. Doch in dem dystopischen Schauspiel quälen geheimnisvolle Ereignisse die Menschen im fernen Damaskus: Träume an eine längst vergessene Vergangenheit und ein Sabotageakt auf das neu eröffnete Museum für Krieg und Erinnerung stören die scheinbar rosige Zukunft.

## Internationaler Tanz

Premierenfieber in der Tanzsparte: Kuratorin Adriana Almeida Pees plant elf internationale Gastspiele – davon sieben Deutschlandpremierer. Der Themenschwerpunkt auf die besondere Ästhetik der Westküste Kanadas aus der vergangenen Spielzeit wird nachgeholt. Die gefeierte Choreografin Crystal Pite inszeniert im Mai 2022 die Deutschlandpremiere von „Revirator“.

Sechs der elf geplanten Produktionen stammen von Frauen. „Wir möchten der stark männlich dominierten Tanzszene eine feministische Perspektive entgegensetzen“, erklärt die Tanzkuratorin – etwa das im November geplante außereuropäische Stück „Mascarades“ der Tänzerin Betty Tchomanga. Im April 2022 folgt die brasilianische Choreografin Lia Rodrigues mit „Furia“.

## **Ein letztes Konzert**

Nach vielen Jahren gibt es am Ende der kommenden Spielzeit einen schmerzvollen Abgang: Generalmusikdirektor Fabrice Bollon verabschiedet sich aus dem Philharmonischen Orchester Freiburg, seinem Orchester. Zum Saisonabschluss plant er ein Überraschungsprogramm.

Vorher stehen aber noch acht Sinfoniekonzerte auf dem Programm, bis März sowohl in der großen als auch in der kleinen Besetzung geplant. Konzertdramaturgin Helga Maria Craubner kündigt auch für die kommende Spielzeit die allseits beliebten Familien- und Kinderkonzerte sowie das Weihnachts- und Neujahrskonzert an.

## **Junges Theater**

„Das Herzstück des Jungen Theaters ist der Austausch“, ist sich Leiterin Isabella Kammer sicher. Deshalb sind in der kommenden Spielzeit zahlreiche interaktive Beteiligungsformate geplant – beispielsweise das Musical „Rent“, „Pippi Langstrumpf“ oder die Aufführung „Dracula“.

# Eine Zeitreise durch die Geschichte der Bildsprache

Die neue Ausstellung im Museum für Neue Kunst zeigt historische Piktogramme und moderne Emojis

**Freude, Trauer, Wut, Glück – jeden Tag drücken Millionen Menschen mit Milliarden Emojis ihre Gefühle im virtuellen Raum aus. Doch das war nicht immer so, auch wenn die Bildsprache wesentlich älter als Handys und Tablets ist. Die Ausstellung „Piktogramme, Lebenszeichen, Emojis: Die Gesellschaft der Zeichen“ widmet sich den Ursprüngen der modernen Bildsprache und entführt alle Interessierten in das „Rote Wien“ im Jahr 1925 ...**

Ein abgedunkelter Raum mit großen Infotafeln, an den Wänden laufen verschiedene historische Fotografien durch, projiziert von einem Beamer: Der eigentlich gewöhnliche Einstieg in eine Museumsausstellung ist allerdings sehr ungewöhnlich für das Museum für Neue Kunst. „Der historische Zugang zu einem kulturhistorischen Thema passt eigentlich gar nicht zu uns“, erklärt die Kuratorin Isabel Herda.

Statt kunstvoll gezeichneter Gemälde von Picasso oder Kokoschka sind funktionale Männchen mit verschiedenen Zeichen auf der Brust zu sehen. Das Zahnrad stand für den Industriearbeiter, Weizen für die Bauern – es waren die ersten Piktogramme mit Berufsbezeichnungen.

## Ursprünge der Bildsprache

Die Geburtsstunde liegt in einer stürmischen Zeit politischer Umwälzung, im Roten Wien der 1920er-Jahre. Die ersten drei Räume der Ausstellung zeigen den Versuch des Ökonomen Otto Neurath, den weniger Gebildeten komplexe gesellschaftliche Sachverhalte und die Idee des Sozialismus zu vermitteln, kurz, ihnen Zugang zu Wissen zu verschaffen. Aus diesem Grund engagierte er den Künstler Gerd Arntz, der die ersten modernen Piktogramme entwarf. Heute ist bekannt: mit durchschlagendem Erfolg.

Der Bildatlas „Gesellschaft und Wirtschaft“, das größte und bedeutendste Projekt von Neuraths Team, zeigt nicht weniger als die Menschheitsgeschichte: Handel und Wirtschaft, Rohstoffe, Vermögensverteilung, Kindersterblichkeit – verschiedenste Statistiken werden bildlich untermalt. Das bringt aber auch Probleme mit sich.

„Die einfache Sprache der Piktogramme hat eine ungeheure Kraft zu vermitteln, birgt aber auch die Gefahr der Stereotypisierung“, so Kuratorin Herda über das Nachschlagewerk. Die chinesische Bevölkerung ist durch ein gelbes Männchen mit Reishut dargestellt, auch Frauen sucht man vergebens.

## Von Wien bis zur Olympiade

Im Laufe der Jahrzehnte setzte sich der Siegeszug der Piktogramme fort, sie verloren aber zunehmend ihren politischen Impetus. Der vierte Ausstellungsraum zeigt die Arbeiten von Otl Aicher. Nach den Erfahrungen im Nationalsozialismus lehnte er eine emotional aufgeladene Bildsprache ab und setzte auf Funktionalität, erzählt Kuratorin Herda: „Seine Piktogramme für die Olympischen Sommerspiele 1972 in München kennt jeder. Bis heute bebildern sie die verschiedenen Sportarten.“ In eine ganz andere Richtung entwickelten sich die Arbeiten anderer Künstlerinnen und Künstler, wie Pati Hill oder Wolfgang Schmidt. „Die eigenen Emotionen rücken immer mehr in den Vordergrund“, erklärt Kurator Maxim Weirich. Dabei standen nicht mehr ein Bildungsauftrag oder eine universelle Darstellung im Vordergrund, sondern der künstlerische Ausdruck – ein Vorgriff auf die Emojis, wie wir sie heute kennen.

## Die moderne Bildsprache

Und denen widmen sich die letzten beiden Räume. Entwickelt in der japanischen Internetkultur der 1990er-Jahre gibt es sie heute in tausend verschiedenen Formen und Stickersets. „Kinder wachsen inzwischen genauso mit der Bild- wie mit der Schulsprache auf“, stellt Kurator Weirich die Bedeutung der modernen Bildsprache heraus.

Der Gang durch die Ausstellungsräume gleicht einer kleinen Zeitreise: einerseits führt sie historisch durch die Geschichte der Bildsprache, andererseits verändert sie ihren Charakter. Beginnt die Ausstellung mit klassischen Exponaten und vielen Infotafeln, gleicht der letzte Raum einem multimedialen Spielplatz für Kinder und Erwachsene. Sogar eine eigene Zeichensprache kann am PC entworfen werden.

Die insgesamt 150 ausgestellten Druckgrafiken und Entwurfszeichnungen, 29 Fotografien, 7 Illustrationen und 2 Gemälde geben einen einmaligen Einblick in die Geschichte der Piktogramme und Emojis. Die Ausstellung entstand in Kooperation mit dem Leopold-Hoesch-Museum Düren.

# Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter [www.wirliebenfreiburg.de](http://www.wirliebenfreiburg.de)